

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 5/6, und durch Kolporteur zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, von Wode 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.02, wo keine Post am Orte Mf. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessanter Bericht über die einseitige Kolonialpolitik der Reichsregierung für Arbeitsmarkt, Vereinswesen, Verrentungs-Anliegen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pf.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 120.

Nr. 14.

Breslau, Dienstag, den 17. Januar 1911

22. Jahrgang.

Neuen Zeiten entgegen!

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Die erste Periode der türkischen Revolution naht rasch ihrem Ende entgegen. Sie stand im Zeichen des „Komitees“, das heißt anstelle der gestürzten Autorität des Absolutismus trat die Autorität der revolutionären Organisation. Das war unvermeidlich in einem Lande, das noch kein politisches Leben kannte und eine Zentralmacht brauchte, um den Angriffen von außen und den reaktionären Tendenzen wie bei separatistischen Tendenzen im Innern entgegen zu können.

Der Verlauf dieser Periode ging nicht ohne manchen Fleck und großem Irrtum ab. Immerhin war man sich, wenn auch konfus und national verschleiert, der Aufgabe bewußt, die man zu erfüllen hatte; wessen man sich aber nicht bewußt wird, das ist, daß dieser Abschnitt der Revolution nicht ewig dauern kann und bereits von einer neuen Phase abgelöst wird. Die von der Revolution selbst gewendeten politischen Massen lehnen sich gegen den jetzt herrschenden Jakobinismus auf, der zu einer Militärdiktatur mit Belagerungszustand und Kriegsgericht sich ausgewachsen hat.

Von allen Seiten, so verschiedenartig auch die Interessen der Opposition sind, macht sich das Verlangen geltend: mehr Freiheit! Die verschiedenen sozialen Schichten sind noch sehr unbestimmt und konfus in der Wahrnehmung ihrer Interessen, aber sie fühlen es bereits heraus, daß sie sich umtun müssen, wenn sie nicht in dem Hintergrund gedrängt werden wollen. In der ersten Zeit war schon der Sturz des Hamidschen Regimes eine gewaltige Erleichterung; in dem Maße, wie das alte in die Vergangenheit zurückweicht, verlangt man mehr. Der Glaube an das Komitee, der die Untwürdigkeit vor dem Hamidsch abgewiesen hatte, ist umfomehr im Schwanden begriffen, als man in der Tätigkeit der letzten Jahre nichts Hervorragendes sieht, das die Aufmerksamkeit auf sich konzentrieren könnte.

Die leitenden Männer der Jungtürken sehen diese Wandlung der Gesetze, aber sie begreifen sie nicht. Von ihrem jakobinischen Gesichtspunkte aus ist das eine Gefahr für ihre Herrschaft, folglich für den Parlamentarismus, den Staat, das Vaterland. Aber es wird ihnen immer schwieriger, die eigene Partei davon zu überzeugen. Um ein geschlossenes Vorhaben durchzuführen, haben sie auf das schärfste die Majorität der Minorität entgegengesetzt. Sie haben neben dem eigentlichen Parlament ein zweites geschaffen: das der Majorität. Die Majorität hält ihre Sitzungen ab genau so, wie das Parlament, und die Sitzungen des letzteren werden unterbrochen, wenn die Majorität ihre Plenarversammlung hält; jede wichtige Frage wird erst von der Majorität verhandelt und entschieden, bevor sie ins Plenum gelangt. So wollte man mittelst der Majorität das Parlament regieren — mehr als das, ausschalten; und innerhalb der Majorität entscheidet wiederum die Majorität; die Majorität der Majorität ist aber in Wirklichkeit, wie die letzten Bestimmungen gezeigt haben, eine Minorität. Bei der jüngsten Abstimmung, die ein regelrechtes Vertrauensvotum war, vereinigte die Regierung nur noch 93 Stimmen.

Da die Plenarsitzungen nur noch die Entscheidungen der Majorität der Majoritätspartei zu akzeptieren haben, so verlieren sie ihr Interesse. Ein Absolutismus macht sich geltend, der das Parlament ungemein diskreditiert. Die Opposition erscheint nicht, weil man sie meistens gar nicht einmal erst zu Worte kommen läßt; die dissentierenden Mitglieder der Unionspartei erscheinen nicht, weil man durch gewaltige Protesten ihr selbständiges Auftreten verhindert. Andererseits, da das Schwergewicht der Partei in die Majoritätspartei übertrugen wird, so bilden sich innerhalb dieser selbst immer mehr Gruppierungen. Das gab Djahid Bey, dem geistreichen Chefredakteur des „Tanin“, den Anlaß, mit einer bewundernswürdigen, aber kaum beneidenswerten Konsequenz den Vorschlag zu machen, die Majoritätspartei selbst in einzelne Sektionen unter Führung besonderer Chiefs zu teilen, das heißt das parlamentarische Spiel, dem man sich entgegenstellen will, im eigenen Hause zu wiederholen. Das ist offenbar die Schwierigkeiten nicht, deshalb macht sich eine andere Strömung geltend, die darauf hinausgeht, das Parlament aufzulösen, um unter dem stärksten Druck bei den Wahlen eine geschlossene Komitè-majorität zu gewinnen. Diese gewagte Taktik kann aber auch ein ganz unerwartetes Resultat zur Folge haben.

Indessen splittet die Unionspartei immer mehr ab: einzelne, und zwar gerade besonders hervorragende Mitglieder treten formell aus ihr aus. Indessen wagt sich die öffentliche Meinung immer mehr hervor und zeigt entschieden eine liberale Färbung.

Da in diesem Lande das erwachende politische Lebens die Geistesverfassung der Intelligenz von hoher Bedeutung ist, habe ich es versucht, mich über die Stimmungen der breslauer Studentenschaft zu orientieren. (Konstantinopel besitzt eine moderne Universität mit mehreren Tausenden Studierenden.) Meine Gewährsmänner aus Studentenkreisen, die umfassende Verbindungen haben, waren während der Ferien recht pessimistisch gestimmt. Seit

inigen Wochen sind nun die Vorlesungen, die wegen der Cholera aufgeschoben wurden, wieder aufgenommen worden, und da habe ich von Tag zu Tag beobachten können, wie die Stimmung meiner jungen Freunde immer zuverlässlicher und hoffnungsfreudiger wurde. Sie erklären, sie seien erstaunt über den geistigen Fortschritt, den die Masse der Studentenschaft in diesem einen Jahre gemacht habe, ein frischer Zug gehe durch die Jugend, ein reges politisches Interesse zeige sich. Man bedenke, daß hier noch keine scharfe Scheidung zwischen den „Vätern“ und den „Söhnen“ eingetreten ist, die Jugend gibt also, wenn auch in lebhafteren Farben, die Stimmung ihres Milieus wieder.

Die Konstantinopeler Studentenschaft hat unter anderem eine Adresse an die wegen der letzten Manifestationen verfolgte russischen Studenten gerichtet. Das Schriftstück, das über vierhundert Unterschriften trägt, hat folgenden Wortlaut: „Durch ihre Selbstaufopferung im Kampfe für Recht und Gerechtigkeit haben die russischen Studenten einen Dienst der Menschheit erweisen und indirekt zum Erfolg der türkischen Revolution beigetragen; und nun werden sie wieder Grausamkeiten und Brutalitäten ausgesetzt. Wir Studierenden der osmanischen Universität sprechen unseren Kameraden unter warmem Mitgefühl aus und protestieren energisch gegen die Gewalttätigkeiten der letzten Tage.“

Die Arbeiter sind in der Türkei der Studentenschaft politisch vorausgerückt und haben bereits bedeutende Zeugnisse ihres sozialen Interesses abgelegt. Man läßt sie aber nicht entkommen. Neulich haben einige Parlamentsmitglieder den Minister des Innern und den Minister der öffentlichen Arbeiten wegen der Verfolgungen, denen die Arbeiterorganisationen in Saloniki ausgesetzt werden, zur Rede gestellt. Die Minister schoben die Schuld auf die Lokalbehörden und verbrachten Absicht. In Konstantinopel freilich läßt sich so gut wie gar nichts machen, da hier der Belagerungszustand herrscht.

Zum Schluß einiges über das Bauerntum, das stumm leidet und doch die Hauptfrage des Reiches bildet. Das Agrarproblem in der Türkei ist seit Jahren ein europäisches Problem. Die Türkei ist unüberläufig und lückenhaft, aber die erste, die es überhaupt gibt. Wir erfahren nun aus dieser Quelle, daß im Wilajet Ankarinopel 53 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe weniger als je 1 Hektar umfassen, weitere 28 Prozent weniger als je 5 Hektar. Das Wilajet Ankarinopel zeigt eine vorwiegend türkische Bevölkerung; über acht Zehntel dieses türkischen Bauerntums sind also elende Parzellenbauern. Leider läßt sich der Vergleich für das ganze Gebiet nicht durchführen. Wir erfahren aber, daß überhaupt nur 8.25 Prozent der Landesoberfläche unter landwirtschaftlicher Kultur stehen. Landarme Bauern und gewaltige Flächen unbesauten Landes — das ist das türkische Agrarproblem.

Politische Uebersicht.

Sozialdemokratie und Techniker.

Am vergangenen Donnerstag fanden in ganz Deutschland 20 Versammlungen der Privatbeamten, einberufen vom „Sozialen Kuefsch“ der Privatbeamtenverbände, statt. Die Teilnehmerzahl war annähernd, die in einem industriereichen Bezirk locale, kann als typisch angesehen werden. Sie war von circa 500 Ingenieuren, Werkmeistern, Steigern, Technikern, Zeichnern usw. aus den Bezirken Dortmund,örde, Witten, Bochum und Herne besetzt.

Ein Ingenieur eröffnete und leitete die Verhandlungen; er betonte, die Partei politisch neutral zu halten, denn alle politischen Parteien sind für den westfälischen Bezirk zu kland gen Reichs- und Provinzialparlamenten oder Parteien kein eingeladen. Auf die Frage, wer von den eingeladenen Abgeordneten erschienen sei, meldete sich nur Genosse Abg. Gne. Der Vorsitzende teilte mit, der nationalliberal Herr Abgeordnete Schmidt habe sich brieflich entschuldigt, es sei also nur der Vertreter der Sozialdemokratie erschienen.

Herr Werner, Vorsitzender des Steigerverbandes, besprach die Verschleppung der Regelung des Beamtenrechts durch Regierung und Reichstag.

Seine Worte hätten die Beamten nun genug gehört. Aber noch immer seien die Reichsverhältnisse der technischen Privatbeamten verzerrt, das Technikerrecht realisations, die Einkünfte der Beamten vorzu ziehen, das biese Gutdünken der Arbeitgeber gestellt. Seit vielen Jahren warteten die Beamten auf eine rechtliche Pensionversicherung, nur sollte a ch dieser Reichstag aneinandergeraten, ohne die Forderung der Privatbeamten zu erfüllen. Vieles wäre besser, wenn sich die Beamten Partei organisiert hätten. Nur die buntere Partei der Wahlwähler der Regierung und im Reichstag. Wenn wieder die Wahlen kämen, dann müßten die Beamten an die Kandidaten herantreten und nur solche wählen, die Gewähr für die Erfüllung der Beamtenforderungen bieten.

In der Diskussion ergriff Reichstagsabgeordneter Hue das Wort. Er dankte zunächst für die freundliche Einladung zu dieser interessanten Versammlung. Daß auch hier wieder nur ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei erschienen, die Vertreter der anderen Parteien ausgeblieben seien, wäre keine teltene Erscheinung.

Was die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Technikerrecht anlangt, so vertritt es sich von selbst, daß eine Partei, die ihre Aufmerksamkeit auf die ärmlichen Existenzbedingungen der technischen Wissenschaften setzt, bei vorgelegenen Forderungen

gen der technischen Beamten mit der größten Sympathie begne. Wir anerkennen die Technik als den starken Kulturherd und treten daher ein für eine Sicherstellung der Rechtsansprüche der technischen Privatangestellten. Die sozialdemokratische Fraktion hat schon seit vielen Jahren bei jeder passenden Gelegenheit ein zeitgemäßes Beamtenrecht gefordert. Als der Staatssekretär Herr Delbrück am 17. Juni 1910 im Reichstage erklärte, die Angelegenheit der Privatbeamtenversicherung wäre vorbereitet, befand sich in der Schwelbe, da trat unser Fraktionsredner Abgeordneter Wolfigang keine energisch gegen die Verschleppung dieser Angelegenheit auf und sagte: „Es schweben Erwägungen, man weiß nicht einmal, wo sie schweben; mir scheint, die ganze Angelegenheit verschweigt in nichts. Ich habe schon am 14. März 1907 bei der Interpellation Sedlitz (U) gesagt, daß wir Sozialdemokraten die Angelegenheit für sehr dringend halten. Wir sind der Meinung, daß eine entsprechende Angleichung an die allgemeine Invaliditätsversicherung das Beste ist, man kann entsprechend höhere Beitragsklassen einschreiben. Wir wollen, was an uns liegt, dafür sorgen, daß etwas Fruchtbringendes für die Beamten herauskommt.“ Die sozialdemokratische Fraktion hat auch für die laufende Session zwei Initiativanträge eingebracht, worin wir folgende Forderungen, die den Beamten gewähren: 1. Einseitige Regelung ihrer Rechtsverhältnisse. 2. Versicherung der Beamten gegen die Folgen von Krankheit, Unfall und Invalidität. 3. Altersrentenversicherung. 4. Fortzahlung des Gehalts mindstens 6 Wochen im Falle unvermeideter Unfalls oder Militärdienst. Leider sind diese Anträge noch unerledigt, wie auch viele Beamtenpetitionen unerledigt geblieben sind, weil der Reichstag seine meiste Zeit auf die Vermehrung der Reichsschulden und die Belastung des Volkes mit neuen Steuern verwendet. Die Sozialpolitik ist das Stiefkind.

Um doch etwas Dampf hinter die Sache zu bringen, haben wir zum Etat 1910 eine Resolution eingebracht, die die jährliche Vortage eines zeitgemäßen Beamtenengesetzes verlangt. Diese Resolution ist zwar vom Reichstage angenommen worden, aber die Regierung hat nicht darauf reagiert. Die Beamten dürfen sich darauf verlassen, daß sowohl ich wie mein Freund Theodor Bömelburg, der Vertreter Dortmunds, im Verein mit unsern sämtlichen Fraktionskollegen darauf dringen, daß die durchaus berechtigten Technikerforderungen erfüllt werden. Wir verlangen auch für die Beamten volle Vereinigungsfreiheit, damit solche Vereinbarungen, wie sie zum Beispiel von der Direktion der Maschinenfabrik Ulgaburg, den oberchristlichen Gewerbebetrieben und ihren Echarmacherkollegen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gegen organisierte Beamte unternommen wurden, unter Strafe gestellt werden. Heute wird wohl mit Strafe bedroht, wer einen Beamten in die Organisation hineinzieht; wer aber die Organisation auch mit den stärksten Mitteln wegnimmt, bleibt strafflos! Wir Sozialdemokraten fordern, daß nicht nur die Erfindungen, sondern auch die Erfinder geschützt werden. Heute kann nicht der geniale Erfinder die Frucht seines Geistes genießen, sondern der Goldregen träuft in die Taschen kapitalstarker Unternehmer. Voriges Jahr wurde bekannt, daß der Erfinder des den Süßenleuten bekannten Martinverfahren als bedürftiger Greis in Frankreich lebte. Die Erfindung Martins hat ihren Ausbeutern Riesenerträge eingebracht, der Erfinder lebte in bitterer Armut. Damit hängt auch die sogenannte Konkurrenzklause zusammen. Nach dem Handelsgesetzbuch kann bekanntlich ein Unternehmer einen Angestellten vertraglich verpflichten, noch bis drei Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienste keine gleichartige Stellung anzunehmen. Dadurch wird dem Angestellten verhindert, seine erworbenen Kenntnisse in eigenen Interesse zu vermerken; eine höhere Behinderung seines Fortkommens. Als 1896 das Handelsgesetzbuch beraten wurde, da beantragten die Sozialdemokraten:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsgeschäftigen, durch welche dieser für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist nichtig.“

Die bürgerlichen Parteien lehnten dies ab, auch unseren Eventualantrag, der die Konkurrenzklause höchstens auf eine Zeitsdauer nach einem Jahre, vom Tage des Austritts an gerechnet, gelten lassen wollte.

Heute kann also die Konkurrenzklause bis zu drei Jahren vorgesehen werden und wer sie bricht, muß die ihm auferlegte hohe Konventionalstrafe zahlen. Sie müßen daraus ersehen, daß die Sozialdemokraten für das, was die Privatbeamten jetzt so dringend fordern, schon vor 15 Jahren eingetreten sind. Würden die bürgerlichen Parteien mit uns gewirkt haben, so wäre heute der Beamte besser gestellt. Desgleichen verhält es sich mit der geschichtlichen Vertretung der Privatbeamten. Die Sozialdemokraten haben eine sachgemäße Vertretung der Beamten in dem Arbeitskammergesetz gefordert. Wir haben auch die Anträge des sehr tüchtigen Herrn Abgeordneten Dr. Rothloff, des früheren Syndikus des Bermeiser-Verbandes, unterstützt. Die Reichstagsmehrheit lehnte diese Anträge ab. Man will den Beamten immer noch einreden, sie geschieden loszugesen nicht zu den Arbeitern, seien etwas ganz Apartes. Leider ist denn auch der schädliche Standesbündel immer noch sehr stark verbreitet. Wie wenig er beachtet ist, hat uns die Gehaltsstatistik der Privatbeamten gezeigt. Nach der 1907 veröffentlichten Regierungsentwürfe erhalten 59.23 Prozent aller Privatbeamten nur ein Jahresgehalt von weniger als 2100 Mark. Das sind nicht mal 180 Mark pro Monat oder 6 Mark pro Tag! Damit ist doch kein Staat zu machen bei den hohen Lebensmittelpreisen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Techniker-Verband ermittelte, daß 49.3 Prozent seiner Mitglieder weniger als 2100 Mark Gehalt haben. Da darf man sich einem Sozialdemokraten im Beamtenrecht zeigen. (Lebhafte Zustimmung.) Glänzendes Gland! Ich habe so viel Schulfameraden, Arbeitskollegen und Bekannte unter den Bergwerk- und Hüttenbeamten, daß ich wohl sagen darf, ich weiß, wie viel Bedürfnis sich hinter der glänzenden Außenwelt des Beamtenstandes verbirgt. Wirtschaftlich und gesellschaftlich gehört die übergroße Mehrzahl der Privatangestellten zu den Arbeitern. Sie sind Beamte worden, aber sie verhalten sich wie Arbeiter. Ich habe eine Sonderversicherung der Privatbeamten im Auge gefaßt. Deshalb fordern wir Sozialdemokraten den Zustand der Beamtenversicherung herabzusetzen, Unfall-, Invaliditäts- und Altersrentenversicherung herabzusetzen, daß die Beamten durch Verschleppung an höhere Beitragsklassen unverschont sind. Das ist nicht der gangbarste Weg. Und da hat sich bei der Beratung der Reichsregierung über das Beamtenrecht, was wir die Beamten sorgen will. Heute sind wir die Beamten, heute sind wir

Dienstag, den 17. Januar 1911.

Vortragskursus „Vom Tier zum Menschen“.

II.

In seinem zweiten Vortrag behandelte Genosse Engelbert Graf ausführlich die Erscheinungen der Mimikry und Symbolie, die in hervorragendem Maße geeignet sind, die allmähliche Weiterentwicklung der Lebewesen zu demonstrieren.

Er sprach darüber, dass die Mimikry eine Veranschaulichung der Fortschritte der Evolution ist, wobei er Beispiele aus der Tierwelt und der menschlichen Entwicklung anführte.

u. a. auch der Moral, der Ethik, die nicht etwas dem Menschlichen Eigentümliches ist, sondern eine natürliche Folge jeglicher Art des Gemeinschaftslebens darstellt.

Breslauer Nachrichten.

17. Januar.

Geschichtskalender.

- 1600 Der spanische Dramatiker Calderon *
1793 Ludwig XVI. um Tode verurteilt.
1833 Friedrich Rückert, der Erfinder der Buchdruckerschneidemaschine.

Eine Flugblatt-Verbreitung

Über die ganze Stadt Breslau ist Donnerstag, den 10. Januar, Dunderstausend Flugblätter, die das Volk über die gegenwärtige politische Lage in Preußen und im Reich aufklären, sollen in allen Distrikten und Bezirken der Stadt verteilt werden.

Wir rufen an alle Genossen und Genossinnen, besonders aber in alle Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins die Aufforderung, pünktlich zur Stelle zu sein.

Das diesjährige Grünbuch

Das den Haushaltsplan der Stadt Breslau für das Jahr 1911/12 entwerfende, ist am Sonnabend zur Ausgabe gelangt und wird in den nächsten Tagen und Wochen Gegenstand der Besprechung in der Presse und der kommunalen Welt sein.

Bei Beratung des vorjährigen Haushaltes wurden von der Stadtverordneten-Versammlung die Abänderung der Abgabengrundlagen für die Betriebsverwaltungen, die Einführung der Marksteuer und die Erhöhung der Schlachtgebühren nach den gemachten Vorschlägen genehmigt.

ger konnten die Mehrerträge entsprechend dem von uns gemachten Vorschläge einen wenn auch geringen Teil des größeren Steuerbedarfs decken.

durch die neuere Gesetzgebung des Reiches und Staates veranlaßt.

Abgesehen von einem weiteren starken Anwachsen der Provinzialabgaben und der Polizeikosten, beeinträchtigen die neuere Gesetzgebung der eigenen Verwaltung steigende neue Momente den Haushaltsplan für 1911 nur insoweit, als bei der zu erwartenden Annahme des Reichsbeitrags zu der auf die Stadt voraussichtlich entfallende Anteil eingestrichelt werden kann.

Erhöhung der Steuerzuschläge notwendig

Wird, hat darin seinen Grund, daß vor allem auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, des Unterrichts- und Bildungswesens gesteigerte Anforderungen zu genügen ist.

erzweuliche Entwicklung der Straßenbahn

der Gas- und Elektrizitätswerke erzielt wird. Diese größeren Ueberflüsse reichen bei dem nach dem Endabschlusse um 118,216 Mark geringeren, für 1911 verfügbaren Ueberflusse des Jahres 1909 und bei dem um 124,660 Mark niedrigeren Ueberflusse des Grundbesitzes nicht einmal aus zur Fortführung der vorhandenen städtischen Einrichtungen.

die starken Preissteigerungen

juridisch führen, welche die Reichsgesetzgebung der letzten Jahre veranlaßt hat. Sie haben neben einer weiteren Ausdehnung der Lohn- und Arbeitergruppen die Erhöhung der an die Provinzialanstalten zu entrichtenden, in ihrem Gesamtbetrage recht erheblichen Verpflegungskosten um ein Fünftel und die Veranschlagung größerer Mittel zur Verpflegung der in den städtischen Krankenhäusern untergebrachten, an Zahl erheblich gewachsenen Kranken notwendig gemacht.

Der Haushaltesplan für 1911 hat überdies aber Mittel bereit zu stellen für neue Bedürfnisse, deren Befriedigung teils sehr dringend, teils höchst wünschenswert ist.

Inbetriebnahme des Säuglingsheims

entstehenden, erstmalig vorgesehenen Kosten auch Mittel bereitzustellen, welche die Lieferung einwandfreien Milch an Kinder bis zum 2. Lebensjahre, die Beförderung und Beschulung lungenkranker Säuglinge und Schülerinnen in den Lungenheilstätten ermöglichen.

des Stadt-Theaters gewährte Beihilfe

einen Teil der Kosten einer neuen Volksbibliothek und Leser

Erinnerungen an Arnold Böcklin.

Vor zehn Jahren, am 16. Januar 1901, starb einer der größten modernen Maler, Arnold Böcklin. Alle Schreien der Enttäuschung und des Glanzes bekannter Künstler hat dieser Mann durchleben müssen, und erst in der höchsten Not, als der bittere Sommer den Künstler und seine Familie bereits tobend gemacht hatte, von da an konnte sich langsam der Genius Böcklins Anerkennung verschaffen.

Unfähigkeit des Meisters überhaupt den reichlichen Aufschlag bringt, in den bei der Internationalen Verlagsanstalt von Ferdinand Kunkel herausgegebenen „Böcklin-Memoiren“, die die Tagebücher seiner Gattin Angela und den gesamten brieflichen Nachlaß enthalten.

Böcklin war im Frühjahr 1853 dem Vorschlag des Kunstfreundes Webedind gefolgt, dem er in Hannover einen Saal auszumalen sollte. Aber der Künstler, der mit seiner Frau, einer geborenen Italienerin, und seinen Kindern dem Anerbieten Folge leistete, wurde in allen seinen Hoffnungen und Erwartungen schwer enttäuscht.

nahe, aber wo die Not am größten, ist auch die Hilfe am nächsten. Sie kam von einer edlen Menschenfreundin, der als Künstlerin und Macentin bekannten Emilie Lindner, die selbst aus Basel stammte, und einfach auf die Mitteilung hin, daß ein schweizerischer Landmann schwer krank und in Not sei, tatkräftige Unterstützung bot.

Breslauer Schauspielhaus.

Sam 1. Male: „Kreuzenblut“, Operette in drei Akten von F. Schiller und G. v. Gatti. Musik von Heinrich Berté. Das Stück hätte ebenlosgelassen, „Ein Meeres-Gefährt“ heißen können, obgleich es — leider! — in nichts an das klassische Vorbild der „Hede-Mont“ erinnert.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Die städtische Schuldeputation macht folgendes bekannt: Mit Beginn des neuen Schuljahres (Sonntag, den 1. April dieses Jahres bei den städtischen Volksschulen und Donnerstag, den 20. April d. Js. bei den höheren und mittleren Schulen) werden alle Kinder schulpflichtig...

Sollte jedoch der körperliche oder geistige Zustand eines Kindes zu ersten Bedenken gegen seine Beschäftigung in der Schule Anlass geben, so ist uns ein ärztliches Zeugnis mit dem Antrage vorzulegen, das Kind von der ordnungsmäßigen Einschulung zu befreien...

Bei äußeren ehelichen Kindern ist das Bekenntnis der Mutter für die religiöse Erziehung maßgebend, solange sie nicht durch nachfolgende Ehe legitimiert ist...

Nach dem Tode des Vaters schulpflichtig werdende eheliche Kinder sind stets in dem väterlichen Religionsbekenntnisse zu erziehen.

Die Anmeldung der in die Volksschulen auszunehmenden Kinder muß alsbald, jedenfalls aber noch vor Ablauf des Monats März bei derjenigen Konfessionsschule, die der Wohnung der Eltern oder Pfleger am nächsten liegt...

- a) die Geburtsurkunde, b) (bei Kindern christlicher Eltern) der Taufschein, c) der Impfchein.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch für den Unterricht der Blinden und Taubstummen Vernunftfänger in besonderen Kursen Sorge getragen wird. Diese Kinder sind ebenfalls bei dem zuständigen Schulleiter unter Vorlegung der erforderlichen Zeugnisse anzumelden...

* Als verurteilter Kriminal-Kommissar hatte sich bei zwei Frauen der Privatdetektiv und Rechtsberater Ludwig Brann („Arpus“) aufgespielt. Er war deshalb vom Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

* Aus dem Baugewerbe. Einer Kolonne von vier Mann wurde vom Baumeister Wölfer das Tragen von Lehm und Mörtel vom Erdgerüst bis zum dritten Stockwerk auf den Grundrücken Herderstraße 27 und 29 im Altdorf zum Preise von 415 Mk übertragen.

* Weibheitsgesetze können nicht eingeführt werden. Der Kaufmann Bergmann hat seinen Geschäftsführer Günther, der 8 Jahre ohne Unterbrechung dem Geschäft keine Dienste geleistet hat, kurz vor Weihnachten entlassen...

Gewerbegeheimnisse wies den Kläger mit seinem Antrage ab. Wehnachtsgeheimnisse könnten nur geltend gemacht werden, wenn sie im Lohn einberechnet sind...

* Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gewerkschaften. Mittwoch, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftsausschuss, Zimmer 3/4: Mitgliederversammlung...

* Vorhabitsvorträge im Punschklub-Verein. Donnerstag, den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr, wird Herr Dr. Hans Puz im Saale des Deutschen Kronprinzen...

* Zirkus Busch. Nach reichlich zweijähriger Abwesenheit hat am Freitag Abend der Zirkus Busch mit seinem zahlreichen Artistenstabe und einer großen Anzahl der besten Pferde in Breslau seinen Einzug gehalten...

* Opfer der Strafkammer. Auf der Todesstrafe kam am Sonnabend der Sittlichkeitslehrer August Schuberth beim Ueberreiten des Fahrdommes zu Fall und zog sich einen Bruch des rechten Unterarms zu. Der Verwundete wurde mittels Krankenwagens in das Wenig-Hankel'sche Krankenhaus geschafft.

* Schaulustiger Brand. Am Sonnabend Abend, kurz nach 7 Uhr, entstand in dem Schaufenster der Färberei von Vorweg u. Co., Klosterstraße 30 dadurch ein Brand, das ein mit der Ausstattung des Schaufensters besetztes Fräulein dabei eine Gardine fallen ließ...

* Schutz gegen die Schuldiebstähle. Bekanntlich haben die Schuldeputation in Breslau in unerhöhrter Weise überhand genommen. Die Diebstähle wurden dadurch leicht möglich gemacht, daß die Ueberkleber der Schüler in den Gängen der Volksschulen aufbewahrt werden...

* Verloren wurde am Sonntag Nachmittag im Thalia-Theater ein Portemonnaie mit 1,95 Mark Geldinhalt; der Finder wird ersucht, das Portemonnaie beim Eigentümer Genossen Güler, Berlinerstraße 15, abzugeben.

* Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, ein goldenes Pincenez, ein grauer Blüschragen, ein Schlüsselbund, ein einzelner Schlüssel, eine Schillerfahrkarte, ein Stuhl erhaltend Schreibutensilien und zwei Schlüssel.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Freiburg, 16. Januar. Unfall beim Rodeln. Auf der Rodelbahn am alten Berge verunglückt in der Radelnarbeiter Hande, indem ihm ein befehltes Rodel in die Feme fuhr, wobei ihm der linke Unterarm abgerissen wurde...

unbrauchbar zu machen. Dem Beleidigten, Volkstanzkapellmeister Lehmann zu Striegau, sowie dessen dienstlichen Vorgesetzten, dem Bürgermeister zu Striegau, wird die Befugnis zugesprochen...

Neueste Nachrichten.

Postbeamtenprotest.

Berlin, 16. Januar. In einer vor dreitausend unteren Post- und Telegraphenbeamten besuchten Versammlung, die gestern in der Neuen Welt stattfand, wurde nach einem Referat des Verbandssekretärs Kemmer der Beschluß gefaßt...

Kontraktbruch oder Notwehr?

Köln, 16. Januar. Eine große Anzahl Siegerländer Bergarbeiter, die in den Südwestafrikanischen Bergwerken der Diaminergesellschaft beschäftigt waren und dort an Heilkrankenheit schwer erkrankten, sind vor Ablauf ihres Vertrages in die Heimat zurückgekehrt...

Empfindliche Kälte im Rheinlande.

Köln, 16. Januar. Im Rheinland hat eine empfindliche Kälte eingelebt. In der Eifel und im Siegerland fiel Nacht für Nacht Thermometer auf Minus 10 Grad.

Protest gegen das Todesurteil Durand.

Paris, 16. Januar. „Leit Journal“ berichtet aus Bordeaux: „Gestern Nachmittag nach einer Versammlung, welche von dem Syndikatsvorstande der Arbeiterpartei des Departements eingeleitet worden war, um Stellung in Sachen des zum Tode verurteilten Durand zu nehmen, kam es zu einer Kundgebung...“

Ein schwerer Eisenbahnunfall.

Paris, 16. Januar. Auf der französischen Staatsbahn hat sich nachmals ein schwerer Eisenbahnunfall ereignet. Der Zug Nr. 21. O laire de Haute verkehrende dicht besetzte Personenzug stieß gestern Nachmittag gegen zwei Uhr zwischen den Stationen Dauzac und St. Germain de Laillouange mit einem Güterzug zusammen...

Schneesturm in Spanien.

Paris, 16. Januar. Depeschen aus Spanien berichten von einem unbeschriebenen Schneesturm, der gestern während des ganzen Tages mit heftigster Gewalt über ganz Spanien wüthete. Der Sturm war so arg, daß man sich eines ähnlichen in den letzten Jahrzehnten nicht erinnert.

Der Schwarze Tod.

Petersburg, 15. Januar. In Chabin sind 1135 Chinesen und 44 Europäer an Pest gestorben, in Wulken sind 36 Personen der Seuche erlegen. Die Epidemie dehnt sich mit großer Schnelligkeit aus.

Waffenstands-Nachrichten der Ober.

Table with columns: Regim., in Bestand, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Versammlungen und Vereine.

Montag, den 16. Januar. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Vöckereiabgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Arbeiter. Versammlung im Zimmer 2. Treppenhauer. Versammlung im Zimmer 1. Dienstag, den 17. Januar. Metallarbeiter. Generalkonferenz im Saale. Mittwoch, den 18. Januar. Kabfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Schneider-Krankenkasse. Zimmer 2. Handlungsgehilfen. Versammlung im Zimmer 3. Regilarbeiter. Versammlung im Zimmer 5. Donnerstag, den 19. Januar. Bauarbeiter. Versammlung im Saale. Freitag, den 20. Januar. Arbeiter. Versammlung im Saale. Samstag, den 21. Januar. Arbeiter. Versammlung im Saale. Sonntag, den 22. Januar. Arbeiter. Versammlung im Saale.

Bautzen O.-S.
Bäckereien.
Dittl. Olga, Plebanstraße 11.
Konditorien.
Vereins-Brauerei A.-G.
Kurz-, Weis- und Wollwaren.
Cohn, F., Inh.: M. Wartski, Foulstraße.
Lebensmittel-Konsum.
Gömm. G., Kirchstraße u. Kreuzstraße.

Brieg
Arbeiter-Konfektion.
Neumann R., Kapelle 1, Die. Artikel.
Bäckereien und Konditorien.
Ber. G., Mühlstr. 22, Tägliches Bismarck.
Stewald, Carl, Schützenstr. 57.
Gömmann, Rüd., Neubauerstraße 88.
Händl. Germ., Plebanstraße 4.
Schäfer, Rina, 24, Mühlstr. 4.
Schäfer, Rina, 24, Mühlstr. 4.
Schäfer, Rina, 24, Mühlstr. 4.

Freiburg
Bäckereien und Konditorien.
Cunderlein, Bruno (Kantinenbesitzer).
Konditorien.
Fischer, der Nähmaschinen.
Kohl, Verb., Grammesstr. u. Neulandstr.
Glas- und Porzellan-Handlungen.
Dörmann, G., Engel, Mühlstr. 1.

Bach, Arth.
Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gärtner, Carl, Plebanstraße 23.
Kohl, Rüd., Plebanstr. 23.
Kurz-, Weis- und Wollwaren.
Gömm. G., Kirchstraße u. Kreuzstraße.
Kurz-, Weis- und Wollwaren.
Gömm. G., Kirchstraße u. Kreuzstraße.

Stache, O.
Kolonialwaren und Lebensmittel.
Gärtner, Carl, Plebanstraße 23.
Kohl, Rüd., Plebanstr. 23.
Kurz-, Weis- und Wollwaren.
Gömm. G., Kirchstraße u. Kreuzstraße.

Bunzlau
Fleischereien.
Rothsch. Oskar, Plebanstraße 11.
Herren- und Frauen-Moden.
Herrn- u. Knaben-Garderobe.
Bauer, Joh., Plebanstraße 11.
Herren- und Frauen-Moden.
Herrn- u. Knaben-Garderobe.

Gorkau
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.
Brauereien.
Gömmann, Rüd., Plebanstraße 11.

Haynau
Abzahlung-Geschäfte.
Gömmann, Rüd., Plebanstraße 11.
Fur- und Pelzwaren.
Gömmann, Rüd., Plebanstraße 11.

Cosel
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.
Brauereien.
Gömmann, Rüd., Plebanstraße 11.

Osch Lissa, Stachwitz
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.
Brauereien.
Gömmann, Rüd., Plebanstraße 11.

Ersteinstmal wöchentlich.
Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.
Waren- und Konsumwaren.
Kettendorf/Hartlie
Fahrradhandel u. Reparaturwerkstatt.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.
Fleischerei und Wurstfabrik.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.
Kolonialwaren.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Hirschberg
Hirschberger Brauhaus.
Arbeiter-Sachen, Schnittwaren.
Hirschberg, Rüd., Plebanstraße 11.
Hirschberg, Rüd., Plebanstraße 11.

Liegnitz
Herren- und Frauen-Moden.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

E. Wolf Söhne
Herren- und Frauen-Moden.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Neukirch
Fleischereien und Wurstfabriken.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Neumarkt
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Onlau
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Peistowitz
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Oels/Hundsfeld
Abdruckerei u. Papierwaren.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Qualkau
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Neunkirchen
Fleischereien und Wurstfabriken.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Neumarkt
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Onlau
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Peistowitz
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Oels/Hundsfeld
Abdruckerei u. Papierwaren.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Qualkau
Bäckereien.
Denitz, Wilhelm, Garten.

Schweidnitz
Manufaktur- und Warenfabriken.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Strehlen
Herren- und Frauen-Moden.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Striegau
Herren- und Frauen-Moden.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

Waldenburger Industrievier
Abzahlung-Geschäfte.
König, P., Kettendorf, Mühlstr. 10, Gamm.

auf die Handlungen einwirken können, die einer der Angeklagten an einem vorhergehenden Tage begangen hat.

Verteidiger Rechtsanwalt Seine: Wenn aber bewiesen wird, daß die Vollauf am 29. September getötet worden ist, so ist doch der Tod durch die Handlung der Angeklagten zu erklären, so daß sie sich auch an den vorhergehenden Tagen gefüh-

haben, daß sie sich auch an den vorhergehenden Tagen gefüh- haben, daß sie sich auch an den vorhergehenden Tagen gefüh-

Sachsen, Bojen und Raabergebiete.

Sirchberg, 16. Januar. Eine schlimme Ballon- fahrt, die sehr leicht noch viel schlimmer hätte ausfallen können, hatten zwei Herren, die gegen 11 Uhr in der Nacht zum

Sirchberg, 16. Januar. Scherz bestrofter Feindsinn. Unter dieser Epithete berichten bürgerliche Blätter über folgenden Vorfall: Ein dreierlei hiesigen Beamten bedienten

im Winter. Die von ihm hergestellten Schneerollen fanden weite Verbreitung.

Wlogau, 16. Januar. Die Leiche des kürzlich in der Ab- wassergrube des Bahnhofs erhängt angefundenen ist als die des

Wronberg, 16. Januar. Trotz der Kaution aber- mals verhaftet. Die Staatsanwaltschaft gibt die rechtliche

Wroclaw, 16. Januar. Sozialdemokratischer Ver- ein. Wuppertalvereinigung am Dienstag, den 17. d. M., Abends

Wroclaw, 16. Januar. Zum Tode ver- urteilt. Unter großem Andrang des Publikums begann am

Wroclaw, 16. Januar. Sozialdemokratischer Ver- ein. Wuppertalvereinigung am Dienstag, den 17. d. M., Abends

wo sie an der Mauer das Brot verzehrten und Kal abhielten, was nun zu tun sei, damit sie nicht entdeckt werden, denn sie

Wroclaw, 16. Januar. Freitag in der 9. Abendstunde wurde der Hilfsweidenkeller Julius

Wroclaw, 16. Januar. Ein gefährlicher Unfall ereignete sich am der hiesigen Station. Der Heizer Wabel

Wroclaw, 16. Januar. Schadenfeuer. Im benach- barten Sosnowice brannten die Holzschäfte von Kolen-

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Z. 61. Zur zweiten Verheiratung brauchen Sie die Sterbe-

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie. 1. Klasse 2. Ziehungstag 14. Januar 1911. Sonntag. Liste of numbers and prizes for the lottery.